

**Regionalniederlassung Rhein-Berg**

Aufstellung von Wahlplakaten an Autobahnen, Bundes-, Landes und Kreisstraßen anlässlich von Wahlen

Beigefügte Textfassung des Gem. RdErl. des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung –III B 2 –22-33 – u.d Innenministeriums –11/20-10.10- v.8. 8. 2003

Um die in der Vergangenheit stets aufgetretenen Probleme und Konflikte im Zusammenhang mit der Aufstellung von Plakaten an Autobahnen, Bundes-, Landes und Kreisstraßen soweit wie möglich zu vermeiden, möchte ich nochmals die Rahmenbedingungen aufzeigen, die zu beachten sind.

Nach dem oben näher bezeichneten Runderlass darf Plakatwerbung – abweichend von §§ 33 Abs. 1 Nr. 3 StVO – innerhalb einer Zeit von 3 Monaten unmittelbar vor dem Wahltag auch außerhalb geschlossener Ortschaften unter Beachtung folgender Nebenbestimmungen durchgeführt werden:

1. Die Plakatwerbung ist unzulässig im Bereich von Autobahnen und Autobahnanschlussstellen.
2. Die Plakatwerbung ist unzulässig im Bereich von Kreuzungen, Kreisverkehrsplätzen und Einmündungen, vor Bahnübergängen und am Innenrand von Kurven. In diesen Fällen ist ein Abstand von 20 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn einzuhalten. (siehe Beispielbilder Nr. 1-3 )
3. Die Plakatwerbung darf nach Ort und Art der Anbringung sowie nach Form und Farbe der Plakate nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und –einrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen.
4. Die Standfestigkeit der Werbeanlagen ist sicherzustellen.
5. Die Anbringung von Werbetafeln an Verkehrszeichen sowie deren Pfosten, Lichtsignalanlagen und auf Verkehrsinseln ist unzulässig. (siehe Beispielbilder 4+5 )
6. Der Abstand der Werbeanlagen zum Fahrbahnrand muss mindestens 1 m betragen. Er ist je nach Größe der Werbetafel derart anzupassen, dass ein Umstürzen in den Verkehrsraum einschließlich Rad und Gehwege ausgeschlossen ist.
7. Vor Beginn der Plakatwerbung sind die für die Durchführung von § 45 StVO zuständigen Straßenverkehrsbehörden über die Vorhaben der Plakatwerbung zu unterrichten, damit diese Behörden ggf. die für die Sicherheit des Verkehrs erforderlichen zusätzlichen Auflagen jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten festlegen können.
8. Die Geltendmachung von Haftungsansprüchen bei Beschädigung des Straßeneigentums behalte ich mir vor.
9. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass andere als Wahlwerbung auf diesen Tafeln nicht gestattet ist

In zweifelhaften Fällen sollten die Standorte für die Plakatwerbung mit der Regionalniederlassung Rhein-Berg abgestimmt werden.

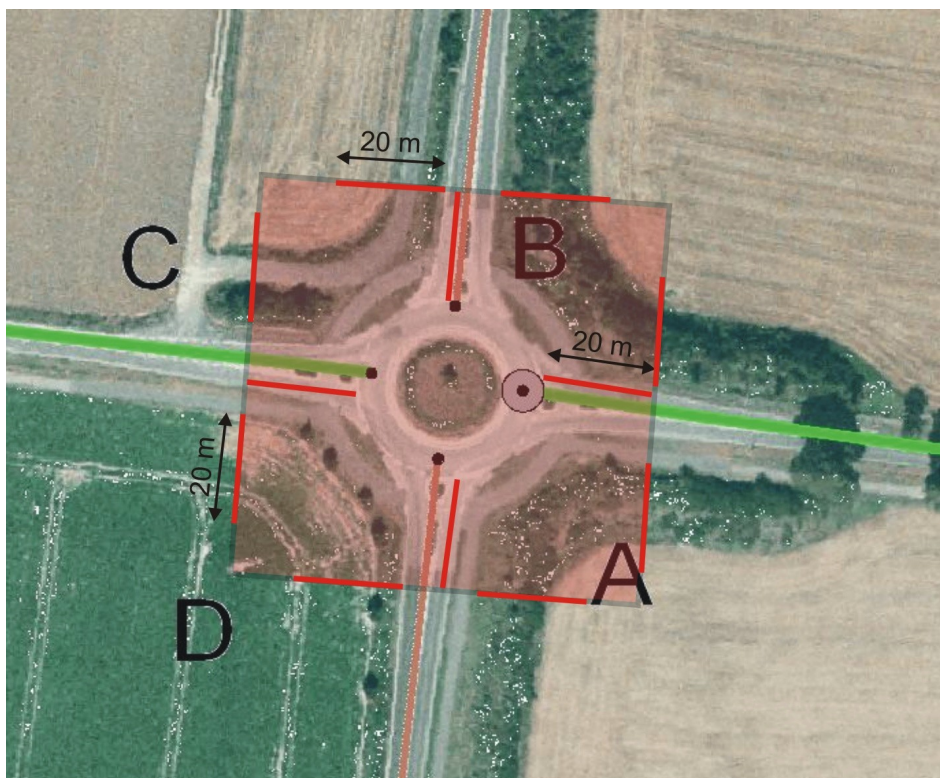
Im Bereich von Ortsdurchfahrten, also den Streckenabschnitten in geschlossenen Ortslagen, verlangt die Verkehrssicherheit auch gewisse Einschränkungen in der Plakatierung; wenn auch nicht so strikt wie auf freien Strecken. Auch hier dürfen Verkehrszeichen nicht beeinträchtigt werden; vor allem müssen die Sichtdreiecke an Kreuzungen und Einmündungen freigehalten und Rad- und Gehwege dürfen nicht blockiert werden.

Die Aufstellflächen an Fußgängerüberwegen, insbesondere im Zuge von Schulwegen, dürfen nicht durch Plakatständer verdeckt werden. Auch hier ist in Zweifelsfällen mit den Verkehrsbehörden Kontakt aufzunehmen.

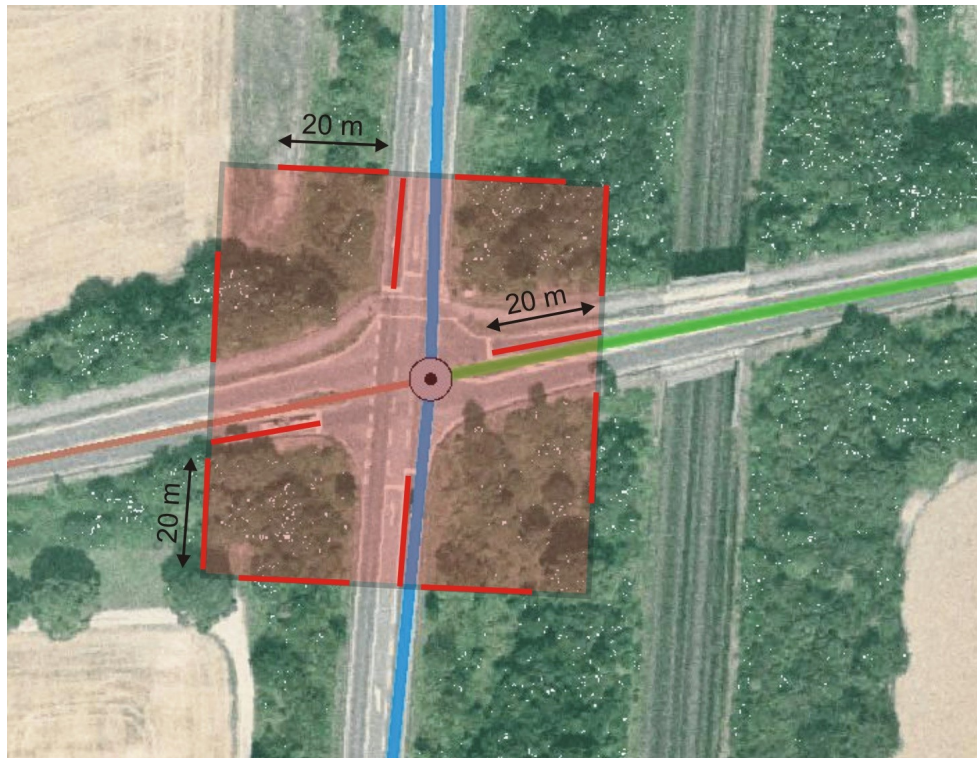
Ich habe die jeweils zuständigen Straßenmeistereien angewiesen, fehlerhaft angebrachte Wahlwerbung abzubauen. Die Werbeanlagen werden in den jeweiligen Straßenmeistereien zum Abholen gelagert. Es ist meinen Mitarbeitern leider nicht immer möglich – auch angesichts der Gefährdung der Verkehrssicherheit –, die jeweiligen Ansprechpartner vor der Entfernung der Plakate zu ermitteln, um gegebenenfalls über anderweitige Aufstellung der Wahlwerbung zu verhandeln.

Die angebrachte Wahlwerbung ist unmittelbar nach dem Wahltag, spätestens innerhalb von 2 Wochen, zu beseitigen.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben samt Anlagen allen in Ihrem Zuständigkeitsbereich, zu der Wahl zugelassenen Parteien, rechtzeitig bekannt zu machen.



Beispielbild Nr. 1



Beispielbild Nr. 2



Beispielbild Nr. 3





Beispielbild Nr. 4



Beispielbild Nr. 5